

## Positionspapier

# Für Medienvielfalt – Nein zu «No Billag»

**Die Initiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren) will die Empfangsgebühren für die SRG, 12 Berg- und Randregionenradios, 9 komplementäre Radios sowie 13 Regionalfernsehveranstalter abschaffen. Eine Annahme der Initiative hätte einschneidende Folgen für die Medienvielfalt der Schweiz. Die Junge BDP lehnt die radikale Initiative ab.**

### Die Ausgangslage

- Aktuell bezahlt jeder Haushalt mit einem Radio- und oder Fernsehempfangsgerät jährlich CHF 165.- für Radio- und CHF 286.10 für Fernsehempfang, also total CHF 451.10.
- Durch das [Ja zur Revision des RTVG](#) im Jahr 2015 wird ab 2019 ein neues Gebührensystem eingeführt. Dadurch sinken die Empfangsgebühren auf CHF 365.- pro Jahr.
- Mit den Empfangsgebühren werden 7 Fernseh- und 17 Radiosender der SRG sowie über 30 weitere private und nichtkommerzielle Radio- und Fernsehprogramme finanziert.

### Die Vorlage will

Eine Änderung der Bundesverfassung Artikel 93: Radio und Fernsehen:

- den Grundauftrag von Radio- und Fernsehen aus der Verfassung streichen (**Abs. 2**).
- dass der Bund Konzessionen für Radio und Fernsehen versteigert (**Abs. 3**).
- Subventionierung von Radio- und Fernsehstationen durch den Bund verbieten (**Abs. 4**).
- die unabhängige Instanz für Programmbeschwerden abschaffen (**Abs. 5 alt**).
- ein Verbot zur Erhebung von Empfangsgebühren durch Bund oder Dritte. (**Abs. 5 neu**).
- Der Bund darf zu Friedenszeiten keine eigenen Radio- und Fernsehstationen betreiben (**Abs. 6**).



**Bundesverfassung Artikel 93 Absatz 2:** Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.

### Unsere Argumente

Selten wurde so früh, intensiv und kontrovers über eine Volksinitiative debattiert wie bei der «No Billag». Es geht um viel: Die Initiative hat weitreichende Konsequenzen für die Medienpolitik und Medienlandschaft der Schweiz und würde letztlich zur Abschaffung der SRG in der heutigen Form sowie vieler privaten lokalen Radio- und Fernsehgesellschaften führen.

Die Junge BDP lehnt die gefährliche Initiative klar ab. In einer direkten Demokratie sind ausgewogene Information und faire Berichterstattung ein wichtiges Gut. Die Streichung des Absatz 2 ist ein Angriff auf diesen Grundsatz. Auch die Abschaffung der unabhängigen Beschwerdeinstanz ist in Zeiten von «Fake News» ein Schritt in die falsche Richtung.

Die Produktion von audiovisuellen Inhalten und Informationssendungen ist teuer. Viele Inhalte lassen sich nicht durch Bezahlangebote auf unserem kleinen Schweizer Markt finanzieren, schon gar nicht auf Rätoromanisch, Italienisch oder Französisch. Deshalb braucht es eine solidarische Empfangsgebühr, um allen in der Schweiz lebenden Personen Zugang zu einem vielfältigen Angebot zu gewähren.

Die Junge BDP will die Ablehnung der «No Billag»-Initiative aber keineswegs als Freipass für die SRG verstanden haben – die Partei sieht nämlich sehr wohl Diskussionsbedarf über die künftige Rolle der SRG: Die Angebote sind zu stark auf eine ältere Zielgruppe ausgerichtet und privaten Anbietern wird, gerade im Unterhaltungs- und kulturellen Bereich, zu wenig Spielraum überlassen. Daher muss, nach Ablehnung der Initiative, eine umfassende Diskussion über den «Service Public» der SRG geführt werden.

Zürich, 20.12.2017 – genehmigt durch den Vorstand der Jungen BDP Schweiz

Auskunft: Philippe Tschopp 079 507 87 32, [philippe.tschopp@jbdp.info](mailto:philippe.tschopp@jbdp.info)  
Nicolas Huissoud 079 891 50 31, [nicolas.huissoud@jbdp.info](mailto:nicolas.huissoud@jbdp.info)